



Ende September 2018 wurde der Klingentail in Solingen eröffnet. Die Stadt Wermelskirchen soll nun auch ausgeschilderte Mountainbikestrecken prüfen.

Foto: Uli Preuss

Stadt soll Mountainbike-Strecken prüfen

WGA
15.07.19

WNK/UWG stellt entsprechenden Antrag. Der stößt bei der Agentur „Das Bergische“ auf offene Ohren.

Von Anja Carolina Siebel

Die Bergischen Wälder sind praktisch wie gemacht für ausgiebige Mountainbike-Touren. Und viele Biker nutzen diese Strecken auch schon. Allerdings nicht ohne Konflikte. „Es gibt häufiger Probleme zwischen Mountainbikern und Spaziergängern oder Hundebesitzern auf unseren Waldwegen“, berichtet Jan Paas von der WNK/UWG: Er stellt deshalb einen Antrag.

Die Stadt Wermelskirchen soll demnach die „Realisierung ausgewiesener und ausgeschilderter Mountainbike-Strecken auf ihrem Gebiet prüfen“ sowie eine Vernetzung mit Nachbarkommunen anstreben, um die Verbindung im Streckennetz zu gewährleisten.

Dabei gibt es nach Wunsch von Jan Paas eine enge Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis sowie mit der Tourismusvermarktung „Das

Bergische“. Deren Geschäftsführer Tobias Kelter hatte bereits des Öfteren die Wichtigkeit solcher ausgewiesener Mountainbike-Strecken betont. „Es ist für uns absolut begrüßenswert, wenn sich Städte und Kommunen in der Region Gedanken um solche Strecken machen“, sagt Kelter.

**„Wir müssen die
Besucherströme
sinnvoll lenken.“**

**Tobias Kelter,
Geschäftsführer „Das Bergische“**

Die Mountainbiker seien ohnehin längst da. Nutzen jetzt schon die bergischen Wälder, vorzugsweise auch die Gebiete rund um die bergischen Talsperrren, Wasser- und Naturschutzgebiete. „Hier geht es darum, dass wir die Besucherströme künftig sinnvoll len-

ken“, unterstreicht Kelter, „um auch den Naturschutz zu gewährleisten.“ Eine ausgewiesene Route sei nicht ohne Weiteres zu realisieren, sie sei aber bereits Thema, unter anderem auf entsprechenden Messen.

Jan Paas: „Bei einer Bündelung der Mountainbikeaktivitäten auf extra dafür ausgewiesenen und ausgeschilderten Strecken werden Konfliktsituationen mit Wanderern, Hunden, Reitern, und so weiter minimiert.“ Aus Sicht des Naturschutzes würden „sensible Bereiche“ geschützt und der Sport könne ohne Ärger mit Förstern und Jägern ausgeübt werden.

Mountainbiking biete viel Entwicklungspotenzial im Bereich des Tourismus, „ein entsprechendes Angebot steigert die Attraktivität unserer Stadt.“ Sofern sich ein Verein oder gewerblicher Betreiber finde, sei auch eine Vernetzung mit einem Mountainbikepark, etwa nach dem Beispiel des Bike-Parks in Winterberg, denkbar.

Ebenfalls seien Downhill-

RADSPORT IN DER REGION

TOUREN Mit dem Fahrrad können Sie historische Ortskerne entdecken, sanfte Hügel erkunden oder einfach nur die wunderschöne Aussicht genießen. Wer gern in einer Gruppe mit fachkundiger Begleitung unterwegs sein möchte, der kann an einer geführten Tour durch die Region teilneh-

men. Von gemütlichen Radtouren für Familien mit Kindern bis hin zu Single Trail Touren für Mountainbiker. Und wem das Bergische Land zu bergig ist, der kann die Touren auch mit einem eigenen oder geliehenen E-Bike mitfahren. Mehr darüber unter www.dasbergische.de.

strecken und sportliche Veranstaltungen möglich. Zu prüfen sei ebenfalls inwieweit bestehende und genutzte oder derzeit stillgelegte Einrichtungen wie beispielsweise das ehemalige Freibad Dhünn mit einbezogen werden und eventuell von Rad- und anderen Freizeitsportlern gemeinsam im Hinblick auf Umkleiden, Toiletten, Parkmöglichkeiten und so weiter genutzt werden könnten.

Paas: „Auch wäre ein gastronomisches Angebot am ehemaligen Kiosk des Dhünner Freibads denkbar. Hilfe für eine nachfragegerechte Umsetzung eines solchen Projekts könnte zum Beispiel angefragt

werden beim Mountainbike Team Rhein-Berg oder weiteren Vereinen und der Sporthochschule Köln.

E-Bikes gibt es auch auf dem Mountainbike-Sektor

Der Wermelskirchener Zweiradhändler Achim Lambeck weiß ebenfalls um die Bedeutung es Themas: „Wir haben immer mehr Kunden, die die bergischen Wälder zum Mountainbiken nutzen“, erzählt er. Dabei gewinne auch das Thema E-Bikes mehr und mehr an Bedeutung. „Auf den Boom müssen wir uns in nächster Zeit einstellen.“

Elektro-Fahrzeuge für den Friedhof

WNK UWG: Stadt soll solche Maschinen für den Bauhof *106-A* anschaffen und *21.07.* Fördergelder nutzen.

Von Karsten Mittelstädt

Eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 auf die Straße zu bringen, das Ziel hat die Bundesregierung längst aufgegeben. Elektrisch angetriebene Fahrzeuge sollen aber nicht nur auf der Straße emissionsfrei rollen, sondern auch als Arbeitsmaschinen. Die WNK UWG-Fraktion beantragt zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Bau am 26. Februar, zu prüfen, ob nicht der städtische Bauhof mit Elektrofahrzeugen beziehungsweise Elektromaschinen ausgerüstet werden kann. Denn der Bund hat ein Förderprogramm „Saubere Luft 2017 - 2020“ aufgelegt, mit dem die Anschaffung solcher Geräte durch die Kommunen finanziell gefördert wird. „Dies umfasst nicht nur reine Straßenfahrzeuge, sondern auch Baumaschinen, die unter anderem auf Friedhöfen beziehungsweise im Straßenbau oder im Forstbetrieb eingesetzt werden können“,



Elektro-Nutzfahrzeuge sind noch selten. Der ursprünglich für die Post gebaute Streetscooter Work, der hier gerade geladen wird, sei mit höherer Zuladung auch als Grünflächenfahrzeug denkbar, sagt Bauhofleiter Volker Niemz.

Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa

schreibt WNK UWG-Mitglied Stefan Kind in dem Antrag. Der Einsatz von Elektro-Maschinen würde nicht nur die Lärmbe-lästigung beispielsweise auf dem Friedhof verringern, son- dern auch den Vorbildcharak- ter der Stadtverwaltung unter- streichen.

Vom Grundsatz begrüßt Tiefbauamtsleiter Harald Drescher den Einsatz von Elektro- fahrzeugen: „Wir haben das Thema schon seit etwa zwei, drei Jahren im Blick.“ Das Pro- blem: Es gibt nur wenige Elek- tromaschinen auf dem Markt, die der Bauhof einsetzen könn- te. „Die Branche ist im Um- bruch, und noch nicht alle Ge- räte sind wirklich ausgereift“, sagt Drescher.

Stehe jetzt eine Neu- oder Ersatzbeschaffung an, werde immer geprüft, ob auch elek-

trisch angetriebene Fahrzeuge in Frage kommen.

Volker Niemz, Leiter des Bauhofes, wo derzeit noch kei- ne Elektroarbeitsmaschinen im Einsatz sind, nennt ein Bei- spiel: „Wir haben uns als Ersatz für ein Fahrzeug für den Fried- hof auch einen Elektro-Mini- kipper angeschaut.“ Neben Reichweite und Zuladung spielt vor allem auch die Hand- habung eine Rolle. „Das Gerät muss schon den Erfordernis- sen genügen“, sagt Niemz. Der Mini-Kipper hatte aber noch Kinderkrankheiten beim An- trieb und schied bei der An- schaffung aus. „Man muss das weiter beobachten“, erklärt Niemz.

Der Markt an Elektrofahr- zeugen, die auch für den Ar- beitseinsatz geeignet sind,

wachse aber. Der für die Deut- sche Post entwickelte Street- scooter werde mittlerweile auch mit höherer Zuladung an- geboten, so dass er auch für die Grünflächenunterhaltung in Frage kommen könnte. Auch als Begeherfahrzeug sei der Einsatz eines Elektrofahrzeugs denkbar, so Niemz. Mit Bege- herfahrzeugen wird der Zu- stand von Straßen erfasst.

Stadt fährt schon seit 2011 mit Elektrofahrzeugen

Der Einsatz von Elektroarbeits- maschinen wäre neu, der von Elektrofahrzeugen nicht. Schon seit 2011 verfügt die Stadtverwaltung über Erfah- rungen mit E-Pkw. Nach einem Fiat Fiorino und einem Mitsub- ishi i-MiEV folgten je zweimal zwei Renault Zoe, so dass be-

reits die dritte Generation an Elektrofahrzeugen genutzt wird. „Die Erfahrungen mit den Elektro-Pkw sind gut“, sagt Drescher. Sie werden von allen Mitarbeitern zu un- terschiedlichsten Dienstfahrten eingesetzt. „Und zwar sehr gerne“, so Drescher. Mittler- weile verfügt die Stadtverwal- tung über einen eigenen Lade- anschluss in der Rathaus-Tief- garage für die beiden Fahrzeu- ge, so dass die Ladesäule vor dem Rathaus an der Telegra- fenstraße frei genutzt werden kann. Was die Versorgung mit Elektro-Ladestationen angehe, sei Wermelskirchen vorbild- lich, merkt Drescher an.

Es gibt mittlerweile vier La- destationen, an denen jeweils zwei E-Fahrzeuge aufgeladen werden können: an der Tele-

ELEKTROFAHRZEUGE

BUNDESWEIT Laut Kraftfahrt- bundesamt waren am 1. Okto- ber 2018 bundesweit 163 843 Elektro- und Plug-in-Hybridfahr- zeuge zugelassen. Zum Ver- gleich: Der Fahrzeugbestand insgesamt mit Benzin-, Diesel-, - und Gasangetriebenen Moto- ren lag zeitgleich bei 57,4 Millio- nen Fahrzeugen.

LOKAL In Wermelskirchen sind 74 Elektro- und Hybrid-Fahr- zeuge (Stand 12/2018) zugelas- sen.

grafensstraße, an der Oberen Remscheider Straße, auf dem Schwanenplatz und dem Park- platz an der Kattwinkelschen Fabrik. » Standpunkt

Kehrseite des Elektro-Hypes

Von Karsten Mittelstädt

Der Antrag der WNK UWG ist löblich, sollte aber eigentlich überflüssig sein. Denn diejenigen, die bei der Stadtverwaltung für die Beschaffung von Fahrzeugen verantwortlich sind, wären fehl am Platz, hätten sie nicht immer die aktuelle Entwicklung auf dem Fahrzeugmarkt im Blick. Das gilt natürlich genau so für Maschinen, die der Bauhof braucht. Und wie Drescher und Niemz erklären, habe man Elektrofahrzeuge schon seit einigen Jahren im Blick. Und dass die Stadt bei jeder notwendigen Anschaffung eventuelle Fördermöglichkeiten abklopft, sollte ebenso selbstverständlich sein. Aber bei der WNK UWG will man offenbar auf Nummer

sicher gehen. Bei allen Vorteilen, die Elektrofahrzeuge bieten, egal wo sie eingesetzt werden: Man dürfe die Kehrseite der Medaille nicht unberücksichtigt lassen, sagt Volker Niemz und äußert seine private Meinung. „Ich habe kürzlich einen Film gesehen, unter welchen Bedingungen die Rohstoffe zur Herstellung der Akkus gewonnen werden. Unter unmenschlichen Bedingungen.“ Auch das gehört zum Thema Elektromobilität.

» Elektrofahrzeuge für den...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de

Petition zu Flüchtlings-Kosten

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN „Wer die Musik bestellt, zahlt“ – so lautet eine Regel, die unter unter dem Begriff „Konnexitätsprinzip“ zusammengefasst wird. Wenn der Bund Flüchtlinge aufnimmt, diese in die Kommunen zur Unterbringung weiterleitet, sollte er auch die Kosten übernehmen. Städte und Gemeinden, die ein Haushaltssicherungskonzept haben, können nicht immer mehr Aufgaben aufgebürdet bekommen ohne einen finanziellen Ausgleich. Dieser Auffassung ist auch Henning Rehse von den Freien Wählern in Wermelskirchen.

Daher hat Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, als Bürger eine Petition zur „Übernahme der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung“ initiiert und diese an die höchsten Ebenen geschickt: das Bundeskanzleramt, die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, den Bundestag und an den Präsidenten des Landtags NRW. „Ich richte stellvertretend für die

Bürger Wermelskirchens wie aller Bürger Deutschlands die Petition an Sie, rückwirkend bis 2015 den Kommunen die bislang nicht gedeckten Kosten für Flüchtlingsunterbringung und -versorgung zu erstatten“, schreibt Henning Rehse. Inzwischen habe er eine Eingangs-

„Nicht akzeptabel ist, dass die Stadt jährlich einen hohen Betrag zuschießen muss“

Henning Rehse

bestätigung erhalten, teilte Rehse mit. Mehr nicht.

Rehse legt dar, warum er den Hilferuf schickt. Wermelskirchen sei strukturell unterfinanziert und befinde sich seit 2012 im Haushaltssicherungskonzept. „Die schlechte finanzielle Situation ist nicht in falschem Handeln von Verwaltung und Politik begründet, sondern liegt daran, dass über die Jahre die seitens Bund und Land übertragen Aufgaben immer mehr und/oder deren

Standards immer höher wurden, die dafür benötigten finanziellen Mittel aber nicht mitwachsen.“ Beispielsweise nennt er die Umsetzung der Rechtsansprüche der Eltern auf einen Kita-Platz, die Sicherstellung des Brandschutzes, die Umsetzung der Inklusion in Schulen und die Einführung der Schulform „Sekundarschule“.

Um diese Pflichtaufgaben finanzieren zu können, müsse die Stadt aber die Steuern, Gebühren und Abgaben stets anpassen. Dies sei zwar nachvollziehbar, weil die Lebensbedingungen verbessert werden. „Nicht akzeptabel ist jedoch, dass Wermelskirchen jährlich einen hohen sechsstelligen Betrag – 2017 waren es 784.545,63 Euro – für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung netto zuschießen muss, die an anderer Stelle fehlen.“ Seit 2016 hielten sich in Wermelskirchen zwischen 400 und 500 Flüchtlinge auf, von denen 20 bis 25 Prozent geduldet seien. Für deren Rückführung besitze die Stadt keine Kompetenz, sie zahle aber anfallende Kosten.

BM
21.07.2019

Wer soll für die Flüchtlinge bezahlen?

WG4
23.02.2014

Henning Rehse verschickte Petition.

Von Solveig Pudelski

Wenn der Bund Flüchtlinge aufnimmt, diese in die Kommunen zur Unterbringung weiterleitet, sollte er auch die Kosten übernehmen. Städte und Gemeinden, die ein Haushaltssicherungskonzept haben, können nicht immer mehr Aufgaben aufgebürdet bekommen ohne einen finanziellen Ausgleich. Dieser Auffassung ist Henning Rehse von den Freien Wählern in Wermelskirchen.

Daher hat der Fraktionsvorsitzender der WNKUWG als Bürger eine Petition zur „Übernahme der Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und -versorgung“ initiiert und diese an die höchsten Ebenen geschickt: das Bundeskanzleramt, die Staatskanzlei Nord-

rhein-Westfalen, den Bundestag und an den Präsidenten des Landtags NRW.

Bisher habe er nur eine Eingangsbestätigung erhalten

„Ich richte die Petition an Sie, rückwirkend bis 2015 den Kommunen die bislang nicht gedeckten Kosten für Flüchtlingsunterbringung und -versorgung zu erstatten“, schreibt Rehse. Inzwischen habe er eine Eingangsbestätigung erhalten. Mehr nicht.

Seit 2016 hielten sich in Wermelskirchen zwischen 400 und 500 Flüchtlinge auf, von denen 20 bis 25 Prozent abgelehnt und geduldet seien. Für deren Rückführung in die Heimatländer besitze die Stadt keinerlei Kompetenz, sie zahle jedoch die anfallenden Kosten.

Fragen zum beschlossenen Digitalpakt

WG4
15.02.

WERMELSKIRCHEN (pd) Eine Reihe von Fragen stellt die WNKUWG in einer Tischvorlage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montag. Anlass dafür sei, dass sich Bund und Länder beim Digitalpakt zur besseren digitalen Ausstattung der Schulen geeinigt haben. Künftig werde es keine Hinderungsgründe mehr geben, dass erste Mittel dann zügig abgerufen werden können. Die Freien Wähler interessiert unter anderem, wann und wie viel Geld die Stadt Wermelskirchen für ihre Schulen in dem vorgesehenen Zeitraum von fünf Jahren erhält und wie der Verteilungsschlüssel für hiesige Schulen ist. „Alle Fragen zum Digitalpakt sollten so früh wie möglich behandelt werden, damit unsere Schulen über den gesamten Förderzeitraum finanzielle Mittel bekommen“, heißt es in der Anfrage. Sofern der beschlossene Digitalpakt nur als eine Art Startschuss gesehen werden muss, solle dieses klar und deutlich benannt werden.

Politische Mehrheit für Streetworker-Stelle

CDU, WNKUWG und Büfo setzten mit ihrem Antrag nach langer Diskussion durch. Präventive Jugendarbeit in dieser Form sei unverzichtbar. Die SPD sieht keinen dringenden Handlungsbedarf, sie wünscht Zahlen und Belege. *BH74.07.*

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN „Mein Kind war drogenabhängig. Das fangen Sie nicht wieder ein. Wir wären froh gewesen, wenn jemand die Jugendlichen angesprochen hätte.“ Dieses Bekenntnis war aufrüttelnd und erschütternd zugleich: Dirk Wartmann (WNKUWG) appellierte eindringlich an die Politiker im Haupt- und Finanzausschuss, grünes Licht für die Streetworker-Stelle zu geben. Am Ende stimmte die Mehrheit aus CDU, WNKUWG und Büfo, die Antragsteller, dafür.

Wartmann wollte aus der Sicht eines betroffenen Vaters deutlich machen, dass nicht nur Kinder aus einem schwierigen Milieu Drogen- und Alkoholprobleme haben. „Das sind Wermelskirchener aus allen Schichten, die zur Schule gehen oder einen Ausbildungsplatz haben. Auch Kinder aus guten Elternhäusern mit gefestigten Strukturen sind gefährdet.“ Greifen sie zu Drogen, löse das eine Kettenreaktion aus, möglicherweise eine Abwärts-

Schmiererei an den Wänden der Dhünntalschule in Dabringhausen: Junge Menschen machen solchen Blödsinn. Einige konsumieren auch Drogen. Ein Streetworker soll für sie ein Ansprechpartner sein, so die Antragsteller.

FOTO: MOLL (ARCHIV)



spirale. Die Kosten für einen Streetworker, der für Jugendliche ein Ansprechpartner auf Augenhöhe sei, wäre daher gut investiertes Geld. Und am Ende kostengünstiger als ein Betreuungsplatz in der stationären Jugendpflege.

Vorausgegangen war in der Sitzung am Montag eine Diskussion über die Frage, ob eine Kleinstadt wie Wermelskirchen überhaupt einen Streetworker braucht. Jemanden, der auf Jugendliche einwirken kann, nicht Gras zu rauchen, Komasaufen auszuprobieren, nicht zur aufputschenden Droge zu greifen. Darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Auf der einen Seite mahnten die Antragsteller von CDU, WNKUWG und Bürgerforum

(Büfo), die Einrichtung der Stelle sei eine unverzichtbare stadtweite Präventionsmaßnahme. Nicht nur in Dabringhausen gebe es Probleme. Es sei die einzige Möglichkeit, die „originäre Aufgabe von mobiler Jugendarbeit zu gewährleisten“, heißt es im Antrag. Die Stelle soll jährlich rund 60.000 Euro kosten. Die Grünen plädierten für eine halbe Stelle.

Auf der anderen Seite sehen SPD und FDP keine dringende Notwendigkeit. Die SPD vermisst eine ausreichende Begründung. „Es wurde nicht konkret aufgezeigt, welche Jugendlichen, in welchem Umfang, wo in Wermelskirchen einen Betreuungsbedarf haben“, kritisierte SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen

INFO

Für zwei Jahre wird die Stelle bezuschusst

Förderung Stefan Görnert, Erster Beigeordneter, betonte, dass der Sozialbericht des Kreises darlege, dass in Wermelskirchen Angebote für Jugendliche fehlen. Für zwei Jahre werde die Streetworkerstelle zu 80 Prozent gefördert. Er appellierte, diese Chance zu nutzen.

Stellenplan 30 neue Stellen sind vorgesehen. Die Streetworker-Stelle ist nicht berücksichtigt.

Bilstein. Er nannte den Vorstoß daher einen „Show-Antrag“.

Auch Bürgermeister Rainer Bleek, der bei diesem Tagungsordnungspunkt den Vorsitz an Stefan Leßenich (CDU) abgegeben hatte, zweifelte einen dringenden Handlungsbedarf an. „Ich habe den Sozialdezernenten gebeten, objektive Belege für desintegrierte Jugendliche vorzulegen.“ Bisher liege nichts vor. Nach Aussage der Polizei, die dort immer wieder vor Ort ist, sei klar, dass die Jugendlichen, die in Dabringhausen Randalen machen, aus normalen Elternhäusern kommen. Das Problem sei, dass sie bei ihren Treffs unter Gleichaltrigen sehr laut werden und nach dem Ge-

lage Müll hinterließen, was Anwohner ärgere. Es sei eine polizeiliche und ordnungsbehördliche Aufgabe, dort einzugreifen. Bleek: „Die Jugendlichen wollen keinen sozialpädagogischen Aufpasser.“ Wichtiger sei es, Raum für Jugendliche zu schaffen – nicht zuletzt auch durch den geplanten Jugendfreizeitpark.

Der CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki reagierte mit scharfer Kritik auf die SPD: Ein Beschluss des Jugendhilfeausschusses, die Streetworkerstelle im neuen Haushalt zu berücksichtigen, sei nicht umgesetzt worden. „Hier geht es auch um die Frage, wie man Beschlüssen der Fachausschüsse umgeht.“

Hilfe muss früher ansetzen

Von Karsten Mittelstädt

Als Wermelskirchen noch von der Schuhindustrie geprägt war, gab es viele einfache Tätigkeiten für Menschen, die damit genug Geld verdienten, um ihre Familie zu ernähren. Die einfachen Jobs sind längst ins Ausland verlagert, die Menschen ohne Schul- oder Berufsausbildung sind noch hier. Mit diesem Beispiel traf Henning Rehse nach der Präsentation der Möglichkeiten des Jobcenters den Kern des Problems. Ohne Schulabschluss, ohne Berufsausbildung wird die Zahl der möglichen Jobs zunehmend kleiner. Wie viele Möglichkeiten das Jobcenter dennoch hat, um die Menschen trotzdem in eine Tätigkeit zu vermitteln, beeindruckte viele Mitglieder des Ausschusses. Im Jobcenter

ter wird eine denkbar schwierige Aufgabe erfüllt, die eigentlich schon viel, viel früher aufgenommen werden müsste. Natürlich hat nicht jeder die gleichen Fähigkeiten, und es muss längst nicht jeder Akademiker werden, aber sobald schon im Kindergarten oder in der Schule erkannt wird, dass ein Schulabschluss in Gefahr sein könnte, muss die Hilfe und Unterstützung ansetzen.

WGA 25.07

» Jobcenter kann ...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de